



## **Hans-Josef Fell**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Sprecher für Energie  
Bundestagsfraktion B 90/Die Grünen  
Platz der Republik · 11011 Berlin

### **Wir Grünen sind für eine kostendeckende Vergütung der Photovoltaik**

Die Entwicklung der Photovoltaik war und ist ein großer Erfolg. Kosten und Preise der Photovoltaikanlage sind stark gesunken und der Anteil der Photovoltaik an der hiesigen Stromerzeugung ist aus dem Promille in den Prozentbereich hinein gestiegen. Er liegt bereits bei über zwei Prozent. Gerade die schnelle Kostensenkung war für uns Grüne ein wichtiges Ziel, damit wir bald von der politischen Unterstützung unabhängige Photovoltaik-Märkte erreichen. Diesem Ziel sind wir erfreulicherweise schon sehr nahe gekommen. Wir werden unsere ganze politische Kraft dafür einsetzen, den weiteren Ausbau der Photovoltaik voranzutreiben. Bekanntlich haben Bündnis 90/Die Grünen als einzige Partei das Ziel formuliert, bis 2030 die gesamte Stromversorgung der EU auf 100% Ökostrom umzustellen. Die Photovoltaik wird dazu mindestens 30% der Stromerzeugung beitragen müssen. Daher ist uns auch der weitere Ausbau der PV sehr wichtig und unverzichtbar.

In der Öffentlichkeit haben aber die Angriffe gegen die Photovoltaik stark zugenommen. Vor allem die Strompreiserhöhungen werden oft fälschlicherweise auf die Photovoltaik zurück geführt. Richtig ist dabei, dass die Photovoltaik die EEG-Umlagekosten angehoben hat. „Vergessen“ werden dabei aber zumeist die positiven ökonomischen und ökologischen Folgen der Photovoltaik. So sind wegen der Photovoltaik die mittäglichen Börsenstrompreise im Sommerhalbjahr deutlich zurück gegangen. Leider werden diese Effekte aufgrund des mangelnden Wettbewerbs kaum an den Kunden weitergegeben. (Informationen zu den volkswirtschaftlichen Vorteilen des EEG finden Sie in meinem Papier: Kosten und Nutzen des EEG nachlesen; <http://linkshrink.de/16577/>)

Wegen der durch den PV-Ausbau gestiegenen Kosten der EEG Umlage fordern bereits Teile von Schwarz-Gelb den Photovoltaik-Ausbau zu deckeln. Diese planwirtschaftliche Position, die dem Ausbau der Photovoltaik großen Schaden zufügen würde, wird auch vom Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) geteilt, der einseitig auf den Ausbau der Offshore-Windenergie setzt. Wir kritisieren daher den Vorschlag des SRU, den Ausbau der PV von heute etwa 7 Gigawatt jährlich auf zukünftig etwa 1 Gigawatt zu deckeln. Dies käme dem Ende der PV-Produktion in Deutschland gleich, mit dem Verlust zehntausender Arbeitsplätze in Industrie und Handwerk.

Der politische Druck ist also in den letzten Monaten stark gestiegen, der Photovoltaik in Deutschland mit einem Deckel den Garaus zu machen. Das Jahr 2010 hat mit den Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke gezeigt, dass Schwarz-Gelb den Atomkonzernen wesentlich näher steht als den Erneuerbaren Energien. Die Lage ist daher politisch hochbrisant.

Ein weiteres ungebremstes Wachstum der Photovoltaik, mit jährlichen Zuwächsen wie in den letzten Jahren von 50 oder gar 100% wird immer noch von mancher Seite, wie dem SFV gefordert, obwohl wir damit dieses Jahr bereits 10 Gigawatt Neuinstallation überschreiten würden. Die erfreulich schnell sinkenden Produktionskosten der PV sprechen dafür, dass auch 2011 ein solches Wachstum möglich sein kann. Sollte dies eintreten, ist damit zu rechnen, dass Schwarz-Gelb mit der EEG-Novelle zum 1.1.2012 den Deckel drauf setzt und damit nach spanischem Vorbild den Zusammenbruch des PV-Marktes in Deutschland bewirkt. Dies kann sich abgesehen von den Lobbyisten der Atomkonzerne aber niemand wünschen. Der Ausbau der Photovoltaik muss in Deutschland unbedingt weitergehen. Der Bundesverband Solarwirtschaft hat hierzu eine Roadmap vorgeschlagen, die wir unterstützen. Diese Roadmap sieht bis 2020 einen Ausbau der installierten Leistung auf bis zu 70 GW vor. Ein Ausbau in dieser Höhe wird auch netztechnisch machbar sein. Sollten in den nächsten Jahren noch preiswerte gute Batterien hinzukommen, spricht angesichts der stetig fallenden Kosten nichts dagegen, 2020 über die 70 GW hinauszugehen. Für 2030 brauchen wir sowieso einen deutlich höheren Anteil, damit die Photovoltaik etwa 30% der deutschen Stromversorgung abdecken kann.

Des Weiteren liegt es auch im Interesse der Freunde der Photovoltaik, dass Netzverstärkung, Netzausbau und die Schaffung dezentraler Speicherkapazitäten mit dem Ausbau der Photovoltaik mithalten. Bereits jetzt fordern die Energiewirtschaft und der Wirtschaftsminister vehement, dass Photovoltaikanlagen runter geregelt werden müssen, um Stromausfälle zu vermeiden. Auch kommt es bisweilen vor, dass PV-Wechselrichter von sich aus die Einspeisung minimieren, wenn vor Ort die Aufnahmekapazität des Netzes beschränkt ist. Den finanziellen Schaden tragen dann die Solaranlagenbesitzer, die weniger Vergütung bekommen. Die Roadmap des BSW sieht bis 2020 bis zu 70 GW-Photovoltaik vor und zeigt auf, wie diese 70 GW beherrscht werden können. 70 Gigawatt reichen aus, um im Sommer an sonnigen Tagen, die gesamte Stromnachfrage in Deutschland abzudecken. Ein Konzept, wie bis 2020 über die 70 GW hinaus PV-Strom ins deutsche Netz integriert werden kann, liegt nicht vor. Es lohnt sich allerdings, in den nächsten Jahren, weitere Konzepte und Technologien zu entwickeln, die es ermöglichen können, auch diese Marke bereits vor 2020 zu überschreiten. Dann könnte das Tempo nochmal beschleunigt werden. Das Thema Kosten wird im Zusammenhang mit der Photovoltaik aufgrund der Kostensenkungen dann keine relevante Rolle mehr spielen.

Wir Grünen halten es daher für grundsätzlich richtig, die jetzige Vergütung für die Photovoltaik weiter abzusenken; allerdings nur unter der Voraussetzung, dass der PV-Investitionsmarkt stabil bleibt. Sollte der derzeit noch ruhige Markt bis in den Frühsommer nicht wieder deutlich anziehen, dann darf die Vergütung zu dem Zeitpunkt auch nicht zusätzlich gesenkt werden. Der Vorschlag einer vorgezogenen Vergütungssenkung, ist daher grundsätzlich zu begrüßen, wenn zukünftige Investitionen nicht gefährdet sind. Die Grüne Bundestagsfraktion hat im Jahr 2000 das Prinzip der Kostendeckenden Vergütung zum Grundprinzip des EEGs gemacht, auch und gerade für die damals noch teure Solartechnologie. Wir stehen weiterhin voller Überzeugung zu diesem Grundprinzip. Die Kostendeckende Vergütung hatte sich wie der Name sagt, schon damals an den Kosten orientiert. Zudem sollte noch ein kleiner Gewinn erzielbar sein, der die Investition rentabel macht. Es war nie Absicht gewesen, Vergütungen zu gewähren, die über dieses Ziel hinaus schießen und Investoren oder Fabrikanten eine überzogene Rendite gewähren würde.

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass aller Skepsis zum Trotz die Hersteller von Solarmodulen und Wechselrichtern immer wieder fähig waren, ihre Kosten zu senken. Der hohe Druck über ambitionierte Vergütungsdegressionen führt dazu, dass die Hersteller ein Interesse haben, mit der modernsten Technologie zu produzieren. Dies ist ein gewichtiger Grund dafür, dass die Kosten weiter sinken, was als großer Erfolg zu werten ist.

Die starken Kostensenkungen der Photovoltaikanlagen sind ein großer Erfolg des rot-grünen Erneuerbare-Energien-Gesetzes. Die Photovoltaik muss und wird schon in wenigen Jahren zu einer der wichtigsten Säulen der Stromerzeugung in Deutschland werden. Dafür ist es entscheidend, dass der Ausbau der Photovoltaik ungedeckelt weitergeht und die Vergütungen auch in den nächsten Jahren einen wirtschaftlichen Betrieb der Anlagen ermöglichen. Genau dies ist aber mit den Erklärungen vieler Politiker aus Union und FDP höchst gefährdet. Mit dem Hintergedanken des Schutzes der Atomstrominteressen benutzen Sie die EEG-Umlagesteigerung als Argument für eine Deckelung des PV-Marktes. Wenn sie sich durchsetzen, werden wir einen Zusammenbruch des deutschen PV Marktes wie in Spanien sehen, was innerhalb eines Jahres zum Verlust von 25000 Arbeitsplätzen führte. Genau dies wollen wir Grünen mit allem unserer Macht stehenden Mitteln verhindern. Eine zusätzliche Vergütungssenkung in 2011 tragen wir also dann mit, wenn das Marktgeschehen signalisiert, dass dies ohne Verwerfungen möglich ist. Allerdings schlagen wir anders als die Bundesregierung statt einer Einmalsenkung in einem einzigen großen Schritt mehrere kleine moderate Schritte vor.

Berlin, den 11.02.2011